

Bild bringt ein mächtiger Besetzer-Pfeil, umgeben von sprenggewaltig wuchern dem Grün, etabliertes Mauerwerk zum Bröckeln; darunter basteln schwarzbe-rockte Anarcho-Wesen grinsend an Bomben. Die jedoch verwandeln sich bei ihrem Flug auf die benachbarte Giebelwand zu Seifenblasen, in denen allerlei Szenen-Inventar – Freaks, Feministinnen, Spekulanten, 68er Illusionen – gen Himmel steigt. Tief drunter kämpft eine Kleinbürgerfamilie gegen das Ertrinken in einem Haufen aus Zivilisationsmüll und Waffenschrott.

„Beton brennt doch – wir heben mit unseren Träumen ab“, wollten die KuKuCKs damit ausdrücken. Angesehene Kulturbetriebe, die es neben Touristenscharen und Fernsehteams zuhauf in die Anhalter Straße zog, erkannten auf „liebenswürdige Poesie“, in der sich die Hausbesetzerwelt „ironisiert“ (Deutscher Werkbund).

Berlins konservativer Senat dagegen findet das Tableau überhaupt nicht witzig. Hinzu kommt, daß für die in Sichtweite vom KuKuCK produzierte Springerpresse – rund 80 Prozent Marktanteile in der Stadt – das Malwerk immer nur ein „Machwerk“ war, das „kriminelle Belastung“ sowie „Gewaltstrategen“ verbergen sollte.

So fiel denn auch dem Berliner Volksmund, der die Gedächtniskirche als „hohlen Zahn“, die Kongreßhalle als „schwängere Auster“ vereinnahmt hatte, zum Wahrzeichen KuKuCK gar nichts ein. Seit langem wächst der Druck – die bunte Mauer soll weg.

Zwar wollen die Bemaler nun mit Anwaltshilfe auf ihr Urheberrecht pochen und die Wohnungsbaugesellschaft, die das geräumte Haus umbaut, will die Neugestaltung der Fassade auch vorerst „zurückstellen“; Bauherr Axel Mischke jedoch hat schon angekündigt, vom Bild werde „nichts, aber auch nichts“ übrigbleiben.

Bei der Senatsbauverwaltung hat er wohl kaum Widerstand zu erwarten. Was Wunder: Bausenator Klaus Franke ist neben Innensenator Heinrich Lummer Kabinettsrechtsaußen und Falke in der Hausbesetzer-Politik. Seine Behörde bekundet „keinerlei Interesse am Erhalt“ der Fassade, die „an eine höchst ärgerliche politische Entwicklung erinnert, die Hausbesetzerzeit“.

Ärger wollten die Urheber auch bereiten, die ihr Monumentalbild binnen drei Monaten gefertigt hatten, mit Zuschüssen von Netzwerk und Alternativer Liste, auf einem vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands ausgeliehenen schwankenden Gerüst.

„ Fassaden sind wie Barrikaden“, frohlockte eine KuKuCK-Schrift, und somit wundert es den Kreuzberger Baustadtrat Werner Orlowsky kaum, „daß der Rachedurst der anderen Seite so groß ist, nun auch noch die historischen Spuren auszulöschen“.

Gegen die geplante Tilgung der farbigen Provokation formiert sich neuer-



Berliner Baustadtrat Orlowsky
„Rachedurst ist groß“

dings links von der Mitte Bürgerwiderstand. Ein Bewohner des Weddings rief das Verwaltungsgericht an, die Fraktion der Alternativen Liste bringt die Sache ins Abgeordnetenhaus. Unterschriften-sammlungen kreisen, die im Kulturrat repräsentierten künstlerischen Verbände der Stadt protestieren Seite an Seite mit Stadträten, ganzen Bezirksamtsstellen und Hochschulprominenz. Von ferne zürnt Joseph Beuys: „Kulturpolitischer Skandal.“

Jüngste Rettungsbemühungen wollen die Fassade gar wie das Zeugnis einer dahingegangenen Ära behandelt wissen, per Denkmalschutz. Vom Landeskonservator verlautet, zwar handele es sich nicht um ein Denkmal „im eigentlichen Sinne“, durchaus aber um einen „wichtigen Ausdruck einer geschichtlichen Epoche dieser Stadt“.

Die hat im übrigen anderweitig kaum Bedenken, auch die Überbleibsel ihrer politischen Debakel wie Denkmäler zur Schau zu stellen. Vom gehätschelten Mauerrest des Anhalter Bahnhofs – was abrißwütige Planer in den Sechzigern wegzusprengegen versäumten, wird jetzt nächstens angestrahlt – bis hin zu den denkmalgeschützten AEG-Hallen im Wedding: Das stolz vorgewiesene „Berliner Innovations- und Gründerzentrum“, eine Pilotansiedlung kleinerer High-Tech-Unternehmen, siedelt hinter den Mauern der von wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen hinweggeschumpften Berliner Traditionsfabrik.

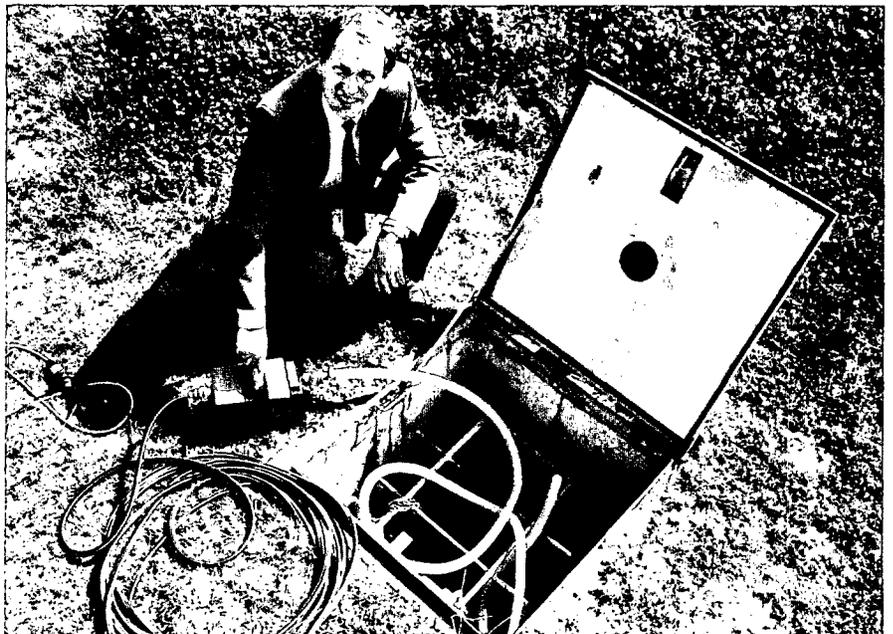
Ähnliche Dauerhaftigkeit wünschen auch die KuKuCK-Veteranen nun ihrem Opus, da die Berliner Hausbesetzerzeit beginnt, in Historie zu versinken. Wer von weit her die schwarzen Wichtel sieht, soll, so hofft ein Ex-Besetzer, spontan bei sich denken: „Ach ja, die Bewegung.“

WASSER

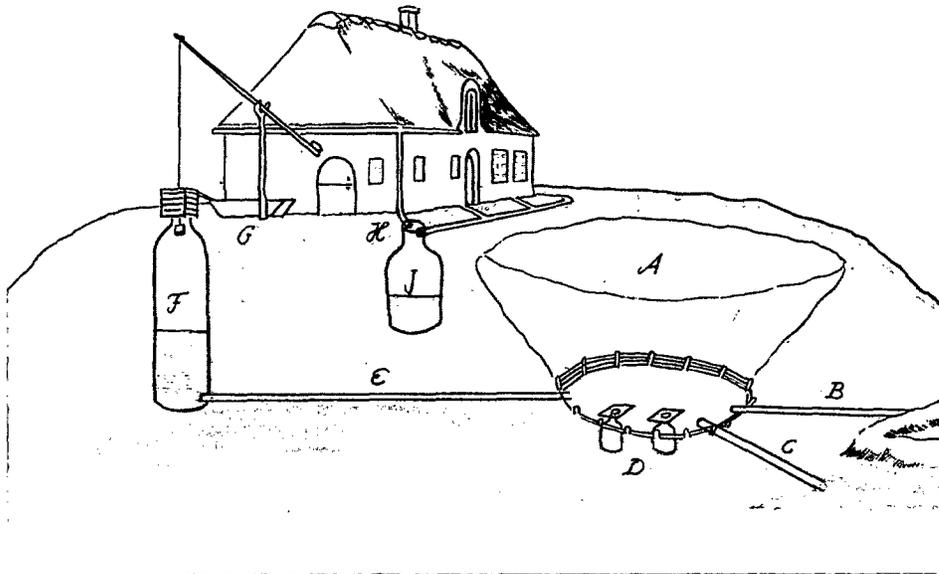
Volle Wanne

Zisternen kommen wieder in Mode. Private Wasserspeicher helfen Geld sparen und Umweltschäden verhindern.

Berthold Gall, 37, CDU-Mitglied und Bürgermeister in Sulzbach am Taunus, liest gern in der Bibel. Besonders angetan ist er von jener Stelle im Alten Testament, wo geschrieben steht, wie Joseph, Jakobs Sohn, von seinen Brüdern in eine Zisterne geworfen wurde. Die alte Geschichte brachte Gall auf eine „neue Idee“: Der antike Regenspeicher,



Zisternen-Förderer Gall, Regenwasserspeicher: Idee aus der Bibel



Zisternen auf Nordsee-Hallig (schematisiert)*: Nutzwasser zum Nulltarif

der schon vor Jahrtausenden funktionierte und vereinzelt, etwa auf den Nordsee-Halligen, bis in jüngste Zeit benutzt wurde, könnte in der wasserknappen Neuzeit gute Dienste leisten. „Kostenloses Regenwasser sammeln“, so Gall, „spart teures Trinkwasser.“

Als „praktischen Beitrag zum Umweltschutz“ präsentierte der Christdemokrat vor drei Jahren ein „Sulzbacher Modell“, und mittlerweile hat sich das in der Bundesrepublik herumgesprochen. Eine ganz große Koalition – von roten Naturfreunden über grüne Ökologen bis hin zur schwarzen Union – propagiert nun die dezentralen Wasserspeicher.

Nach und nach, fordern Gall und seine Mitstreiter, sollen überall im Land private und kommunale Bauten mit kleinen Regenbecken ausgestattet werden. Bauen darf die jeder; Zisternen müssen weder genehmigt noch angezeigt werden. Ein kleines Betonbecken mit Pumpe und Überlauf, im Keller oder an der Hauswand, genügt. Dort hinein wird das Regenwasser aus der Dachrinne geleitet, das erst dann in die Kanalisation überläuft, wenn die Wanne voll ist.

Schon empfehlen ganz offiziell Gemeinden, wie Dreieich im Hessischen, privaten Bauherren eine Regenrückhalteanlage. In Otzberg im Odenwald läuft bei jedem zweiten Neubau das Regenwasser in einen gleich mitgeplanten Speicher.

Im Rhein-Main-Gebiet offeriert der Idsteiner Großbauherr Dietmar Bücher Eigentumswohnungen samt „Einbau einer privaten Zisterne“. In Sulzbach sind mehr als zwanzig Sammelbecken im Bau, die Sportplätze der Gemeinde werden mit Regenwasser begossen. Nun soll die Bonner Regierung, auf Initiative der Grünen, Galls Regenrückhaltepro-

gramm bundesweit aufgeschlossenen Bauherren schmackhaft machen.

Es ist nicht kleinkarierte Naturtümerei, die westdeutsche Lokalpolitiker für die Zisterne einnimmt. Den Kommunen machen Wasserprobleme zu schaffen, die sich für Experten wie den Ökoforscher Uwe Lahl bereits zu einer „heraufziehenden Trinkwasserkrise“ ausweiten**.

Sauberes Trinkwasser, Lebensmittel Nummer eins, wird laut Lahl immer knapper werden: Vielerorts ist das Grundwasser schon verseucht, die Aufbereitung wird schwierig und teuer. Im Ballungsraum Frankfurt beispielsweise herrscht Wassernot.

Um den Bedarf der Bürger zu decken, greift die Stadtverwaltung seit Jahren zu fremden Quellen. Aus dem Vogelsberg und dem hessischen Ried schafft die Stadt jährlich viele Millionen Kubikmeter über Fernleitungen heran. Hamburg fördert Wasser in der Lüneburger Heide, Bremen zapft den Harz an, München pumpt das Loisachtal ab. Den Raubbau am Grundwasser hält Gall für „hellen Unfug“. Der CDU-Politiker will nicht einsehen, daß „hochwertiges Grundwasser über Hunderte von Kilometern Leitungsnetz gepumpt und, zu Trinkwasserqualität aufbereitet, vom Bürger zum Waschen seines Autos und Bewässern seines Gartens verschwendet wird“.

* Regenwasser wird in drei Zisternen gesammelt: In einer künstlichen Kühle (A), in einem Regensammler (F) für die Viehtränke (G) und in einem Trinkwasserspeicher (I). Am Boden der Kühle befinden sich kleine Behälter als Wasserreserve (D), eine Zuleitung aus Wassersammelgräben (B) und eine Ableitung für Salzwasser (C), wenn bei Sturmflut die Kühle überspült wird.

** Uwe Lahl, Barbara Zeschmar: „Kein Wasser zum Trinken“. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek; 252 Seiten; 10,80 Mark.

Private Wasserspeicher könnten dazu beitragen, den seit Jahrzehnten emporschnellenden Trinkwasserverbrauch zu begrenzen – mit positiven Auswirkungen auf Regionen wie das Ried oder die Lüneburger Heide, in denen Feuchtgebiete zu versteppen drohen.

Entlastet wird durch den Zisternenbau auch das Familien-Budget. Ein Privatspeicher, der je nach Größe und Ausstattung 400 bis 1000 Mark kostet, amortisiert sich Sulzbacher Erfahrungen zufolge schon „nach fünf Jahren“.

Zudem würden, wie die hessische Landesanstalt für Umwelt errechnet hat, bis zu sieben Prozent weniger Niederschlagswasser in die – kostenpflichtige – Kanalisation fließen. Vielerorts fordern daher kommunale Politiker, Haushalten mit Zisterne einen Teil der Kanalisationsgebühren zu erlassen.

Massenhafte Installationen zur Regenwassernutzung würden darüber hinaus die Gefahr von Überschwemmungen der allenthalben kanalisierteten Flüsse mindern. Das Niederschlagswasser bei Wolkenbrüchen würde zum Teil von den privaten Speichern aufgefangen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU weist denn auch darauf hin, daß die kostengünstige Privatisierung der Regenwasser-Rückhaltung einen Teil der „teuren und die Landschaft oft verunstaltenden zentralen Regenrückhaltebecken überflüssig“ mache.

Ein Faktor freilich verunziert die schöne Bilanz: Das Nutzwasser zum Nulltarif kann Schadstoffe enthalten, die der Regen aus der Luft gewaschen oder von den Dächern in die Zisterne geschwemmt hat. Zisternen-Förderer Gall sieht da schon „ganz neue Absatzperspektiven“ für die deutsche Industrie: Filteranlagen für Regenwasser.

RADIKALE

Glaubt zu können

Ein hartes Urteil hat Postminister Schwarz-Schilling zu einer Säuberungswelle unter kommunistischen Postbeamten ermuntert.

Wenn im Marburger Rathaus das Stadtparlament tagt, bekommt der Posthauptschaffner Herbert Bastian, 40, von seinem Vorgesetzten frei. Der Postbeamte hat da als Gemeindevertreter seit 1974 Sitz und Stimme – und folglich auch Anspruch auf Sonderurlaub.

Diese Regelung soll für Bastian nun nicht mehr gelten: Der Stadtverordnete wird von der Post schon in wenigen Tagen für immer frei bekommen. Mit sofortiger Wirkung will Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) den Marburger als Verfassungsfeind vom Dienst suspendieren. Denn Bastian stimmt im Rathaus für die DKP.

Wie Bastian in Marburg haben noch vier weitere Postler, die für die Deutsche